

HANS-OLAF HENKEL  
Der Kampf um die Mitte

Mein Bekenntnis zum Bürgertum

DROEMER

# Inhalt

Vorwort .....	7
KAPITEL EINS	
Erfolgsmodell Bürgertum .....	23
KAPITEL ZWEI	
Die Gewinner der Zukunft .....	58
KAPITEL DREI	
Ein Blick auf die BRICs .....	85
KAPITEL VIER	
Die Abschaffung des Bürgertums .....	137
KAPITEL FÜNF	
Die gefährdete Demokratie .....	169
KAPITEL SECHS	
Die »Es kann nicht sein«-Gesellschaft .....	222
KAPITEL SIEBEN	
Das Elite-Tabu .....	271
KAPITEL ACHT	
Die Vergangenheitsbewältiger .....	297
KAPITEL NEUN	
Unsere tägliche Desinformation .....	317
KAPITEL ZEHN	
Die zweite Aufklärung .....	351
Nachwort .....	389
Register .....	399

## Vorwort

»Die Mitte verlassen heißt die  
Menschlichkeit verlassen.«

*Blaise Pascal*

**D**eutschland vermittelt heute den Eindruck einer gefestigten, friedlichen, auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden Gesellschaft. Viele Länder beneiden uns um diese innere Stabilität und die staatliche Rundumversorgung, die soziale Spannungen nicht aufkommen lässt. Wohlwollend wird vermerkt, dass den Deutschen auch noch genügend Freiraum bleibt, sich um die Probleme anderer zu kümmern: Nach jeder Naturkatastrophe sind sie »Weltmeister« im Spenden, sie profilieren sich als Vorreiter im Umwelt- und Klimaschutz, schalten ihre Kernkraftwerke ab und lassen sich in ihrer Friedensliebe von niemandem übertreffen. So entspricht es auch dem Bild, das wir von uns selbst haben: offen, tolerant, ausgleichend, den höchsten Werten verpflichtet. Kurz, ein Land, das mit sich selbst im Reinen ist.

Dieses Bild ist eine Illusion. Sie wird genährt von den Medien und dankbar aufgenommen von den Bürgern, die eigentlich ganz anders empfinden. Aber wer mag sich schon gern als Spielverderber aufführen? Auch wenn sich üblicherweise keiner um diese Rolle reißt, möchte ich sie in diesem Buch übernehmen. Ich glaube nämlich, dass unser innerer Friede eine Fiktion ist, hinter der sich tiefer Unfriede und wachsende Unsicherheit verbergen. Dass die Eintracht der Bürger nicht gelebt, sondern gespielt ist.

In Wahrheit ist in Deutschland ein Kampf entbrannt. Ein Kampf, den keiner bemerkt, obwohl viele beteiligt und alle

betroffen sind. Es geht dabei nicht um den täglichen Existenzkampf, auch nicht um den Wettbewerb der Bundesländer, es geht weder um das Tariflohn-Gerangel noch um die Wahlkämpfe, die unser Leben so abwechslungsreich gestalten. In den Medien findet sich nichts darüber – weder über den Kampf noch über das, worum so erbittert gekämpft wird. Und was sich nicht in den Medien findet, findet auch nicht statt.

Der Kampf, von dem ich spreche, entscheidet über die Frage, die einer der bedeutendsten Philosophen des letzten Jahrhunderts, Karl Jaspers, schon 1966 gestellt hat: »Wohin treibt die Bundesrepublik?« In seinem umstrittenen Buch warnte er vor einem Staat, der aus dem Ruder läuft, weil die Parteien die Macht an sich reißen. Er prognostizierte eine Demokratie, die sich selbst zerstört. Auch wenn unser Land damals nicht, wie von Jaspers befürchtet, in die Diktatur zurückfiel, wird seine Diagnose immer aktueller: »Es herrscht eine Zufriedenheit im Eifer des Lebensgenusses bei ständig geringer werdender Arbeitszeit und Vermehrung der Konsumgüter, der Reisemöglichkeiten und Vergnügungen. Trotzdem gibt es eine Unruhe. Ist dies Leben auch sicher? Man fürchtet sich. Wohin treiben wir? Die Demokratie der Bundesrepublik wandelt sich vor unseren Augen. Es werden Wege beschritten, an deren Ende es weder eine Demokratie noch einen freien Bürger geben würde, vielleicht ohne dass die, die sie gehen, dieses Ende wollen.«

Für Jaspers drohte die größte Gefahr von der Übermacht der Parteien, die sich aller Kontrolle entziehen. »Der Staat, das sind die Parteien«, so sagte er. »Die Staatsführung liegt in den Händen der Parteienoligarchie. Sie usurpiert den Staat.« Das Volk selbst ist zwar »dem Namen nach Souverän, aber es hat keinerlei Mitwirkung auf die Entscheidungen außer durch die Wahlen, in denen ... nur die Existenz der Parteienoligarchie anerkannt wird. Die großen Schicksalsfragen gehen nicht an das Volk. Ihre Beantwortung muss das Volk über sich ergehen lassen und merkt oft gar nicht, dass etwas und wie es entschieden wird.« Selbst der Bundespräsident, der ein Gegengewicht gegen die Parteienherrschaft bilden könnte, darf nicht

direkt vom Volk gewählt werden. Auch er besitzt kaum die Möglichkeit legaler politischer Einwirkung. »Denn das Grundgesetz hat aus Angst vor jeder Art des Plebiszitären auch diese Volkswahl und damit die autonome Macht eines Bundespräsidenten verworfen.« Als Präsident Horst Köhler im Juni 2007 für eine Direktwahl plädierte, ließen ihn die großen Parteien auflaufen. Eigene Macht abzugeben, die ihnen per Grundgesetz zusteht, liegt offenbar nicht in ihrem Interesse.

Für Jaspers bildet dieses Grundgesetz nicht die Basis, sondern das Haupthindernis unserer Demokratie. Weder ist es demokratisch entstanden, noch erlaubt es dem Volk, über sich selbst zu bestimmen. »Die Verfasser des Grundgesetzes«, so der Philosoph, »scheinen vor dem Volke Furcht gehabt zu haben. Denn dieses Gesetz schränkt die Wirksamkeit des Volkes auf ein Minimum ein.« Der Grund? Die Alliierten und die »Väter des Grundgesetzes« – seltsamerweise vergisst man immer, dass es auch vier »Mütter des Grundgesetzes« gab – hielten das deutsche Volk für politisch »gefährlich«. Es sollte kein zweites Mal die Chance erhalten, einen Hitler zu wählen.

Doch mit der vorsorglichen Entmachtung des Volkswillens sah Jaspers die Demokratie selbst in Frage gestellt. »Demokratie heißt Selbsterziehung und Information des Volkes«, so der Philosoph. »Es lernt nachdenken. Es weiß, was geschieht. Es urteilt. Die Demokratie befördert ständig den Prozess der Aufklärung. Parteienoligarchie dagegen heißt: Verachtung des Volkes. Sie neigt dazu, dem Volke Informationen vorzuenthalten. Man will es lieber dumm sein lassen.« Was den großen Philosophen damals um unseren Staat fürchten ließ, war die Neigung, alle wichtigen Entscheidungen in kleinen Parteienzirkeln zu fällen und sie dann, nach entsprechender publizistischer Vorbereitung, vom Volk nur noch abnicken zu lassen. Armes Volk. »Man behandelte es bei den Wahlen mit den Propagandamitteln als Stimmvieh, das nur über das Maß der Beteiligung der einzelnen Parteien an der Regierung entscheidet.«

Auch wenn Jaspers' pessimistische Prognose noch nicht Wirklichkeit wurde, bleibt seine Diagnose zutreffend. Bis heute

wird die politische Agenda nicht vom Volk, sondern durch die regierenden Parteien bestimmt. Alles erfolgt nach vertraulicher Absprache. Die Entscheidungsträger »bleiben unter sich«. Besonders im Fall einer »großen Koalition«, so Jaspers, dominiert nur noch »das gemeinsame Interesse ihrer Herrschaft. Wie diese stattfindet und was sie tut, wird zunehmend mit Geheimnis umgeben. Es gibt weder Opposition noch Kontrolle. Die internen Kämpfe sind Intrigen.«

Dabei wird der Eindruck erweckt, das Interesse der Gesellschaft sei beim Staat in besten Händen. Aber das Interesse der Gesellschaft kann nicht das der Parteien sein. Und Demokratie heißt nun einmal, dass sich die Allgemeinheit Gehör und Recht verschafft. Demokratie heißt, dass eine Politik betrieben wird, die den Vorstellungen der überwiegenden Mehrheit des Volkes entspricht. Dementsprechend sollte das entscheidende Richtmaß der Demokratie die vernünftige Mitte sein. Aber über die entscheidenden Fragen wird nie abgestimmt: Wie hoch schätzt die Mehrheit die Selbstbestimmung des Einzelnen, den Zusammenhalt der Familie, das Bekenntnis zur eigenen Nation? Worin bestehen für die Mehrheit die Aufgaben der Gesellschaft und des Staates? Welche Werte sollen für alle bestimmend sein? Was bildet die »goldene Mitte« unseres Lebens?

Diese Fragen muss zuerst jeder für sich selbst beantworten. Aber die meisten Medien und alle Parteien reden uns ein, dass diese Fragen längst beantwortet seien. Und zwar im allseitigen Interesse. Dabei fragt kein Politiker danach, ob sein spezielles Parteienprofil den Erwartungen der Mehrheit entspricht. Im Gegenteil, man hämmert den Menschen die eigenen Anschauungen so lange ein, bis sich bei Wahlen eine Mehrheit dafür bildet – wobei diese Mehrheit bei sinkender Wahlbeteiligung zunehmend nur noch eine relative Mehrheit derer ist, die überhaupt noch wählen. Und die jeweilige Weltanschauung, die der eigenen Partei zugrundeliegt, wird als Mitte deklariert. Hier, so signalisiert die Propaganda, liegt die Vernunft, hier werden die Interessen aller vertreten.

Aber das, was noch zu Karl Jaspers' Zeiten Mitte hieß, liegt längst nicht mehr in der Mitte, folgt längst nicht mehr der Vernunft oder den Interessen der Allgemeinheit. Die Parteiräson dominiert, Parteisoldaten mit ihren publizistischen Hilstruppen beherrschen die Öffentlichkeit. Sie kämpfen darum, uns in ihre jeweilige Richtung zu ziehen. Es gibt viele Richtungen, vernünftige und unvernünftige. Die einen wollen die Gesellschaft vervollkommen, andere sie umbauen, andere träumen davon, sie umzustürzen. Manche behaupten, sie vervollkommen zu wollen, arbeiten in Wahrheit aber auf ihren Sturz hin. Manche sagen, sie wollen alles besser machen, stattdessen wollen sie nur alles anders machen. Oder sie behaupten, alles neu machen zu wollen, und wollen doch nur etwas Altes erneut an die Macht bringen.

Alle Parteien behaupten gerade das, was ihnen erfolgsträchtig erscheint, was beim Wähler »zieht«. Deshalb behaupten sie heute dies, morgen etwas anderes. Sie sagen meist das, was ankommt, selten das, worauf es ankommt. Und keine legt offen, was sie wirklich will. Parteien folgen immer einer »hidden agenda«, einer verborgenen Marschrouten. Ihr Ziel ist nicht das Wohl der Gesellschaft, sondern die Macht. Und da die Menschen naturgemäß zur Vernunft und zur Mitte tendieren, behaupten die Parteien einfach, dort bereits angekommen zu sein. »Wo wir sind, ist die Mitte.«

Die Mitte ist heute nach links gerückt. Die Parteien unterscheiden sich nicht mehr durch ihre Position links oder rechts von der Mitte, sondern durch Nuancierungen im linken Spektrum. »Die Republik rückt nach links«, titelte der *Spiegel* im Mai 2007. Zur selben Zeit zeichnete sich in Umfragen erstmals die Möglichkeit ab, dass die neue Linke, gebildet aus SPD, Grünen und der »Linkspartei«, 2009 die Mehrheit im Bundestag erringen könnte – wortreich herbeigesehnt von Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit. Entsprechend hat sich die SPD auf die neue Lage eingestellt. Eingeschüchtert durch den Wahlerfolg der »Linkspartei« in Bremen und die geschickte Demagogie Oskar Lafontaines, stellt sie

immer neue, immer unsinnigere Thesen auf, die ihr noch vor kurzem nicht im Traum eingefallen wären. So wirft sie mit der kategorischen Forderung nach flächendeckenden Mindestlöhnen – die rot-grüne Koalition war nie auf diese Idee verfallen – die ihr einst so geheiligte Tarifautonomie über Bord, erwägt sogar, in einem nächsten Schritt die Preise etwa beim Strom staatlich festzulegen, was der Wirtschaftsvernunft eines Günther Mittag entspricht.

Die alte SED feiert auch anderswo fröhliche Urständ. Ehemalige Stasileute werden offiziell mit der »Aufarbeitung« ihrer eigenen Vergangenheit beauftragt, die »Linkspartei« gönnt sich eine politisch hochaktive Stiftung, die vom Staat bezahlt und nach der Revolutionärin Rosa Luxemburg benannt ist – entsprechend ihr Programm. Kein Wunder, dass Oskar Lafontaine sich beim Gründungsparteitag seiner »neuen« Partei offen zur Kommunistin Luxemburg bekennt, begeistert applaudiert von einstigen SED-Kadern.

Angesteckt vom demoskopischen Aufwärtstrend der »Linkspartei«, entdecken auch die Grünen zunehmend ein Herz für links. Vergessen die vorsichtigen Liberalisierungsversuche, vergessen die praktische Vernunft eines Oswald Metzger. Beim Mindestlohn haben die Grünen im Bundestag mit der »Linken« für den – mit einer SPD-Unterschriftenaktion wortgleichen – Antrag gestimmt, dem nur aus Koalitionsraison die SPD nicht zustimmen durfte.

Während sich links von der Mitte alles drängt und einer den anderen an Radikalität zu übertreffen sucht, ist die Mitte fast verwaist. Auch die CDU, die klassische Partei der Mitte, hat sich vom »Genossen Trend« anstecken lassen. Ein führender Christdemokrat wie Jürgen Rüttgers bezeichnet sich stolz als »Arbeiterführer«, der CSU-Veteran Horst Seehofer tritt als Wahrer des sozialen Gleichgewichts und Anwalt des kleinen Mannes auf, der Berliner CDU-Politiker Friedbert Pflüger versichert, »immer schon gegen die Kernenergie« gewesen zu sein. Natürlich werden Mindestlöhne nun auch von der Union befürwortet, zumindest »für einige Branchen«. Wobei es sich,

etwa bei Friseuren, Gebäudereinigern und Fleischern, gerade um jene Bereiche handelt, die durch eine Einführung von Mindestlöhnen den größten Schaden nehmen – paradoxerweise wird es gerade jene treffen, die durch die Neuerung geschützt werden sollen. Ihre Jobs werden wegfallen, die Schwarzarbeit wartet schon auf sie. Dank der schwarz-roten Arbeitsmarktpolitik verzeichnet sie heute einen historischen Höchststand von geschätzten 17 Prozent. Wenn also CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, wie Ende Juni 2007 geschehen, der SPD höhnisch vorwirft, sie ließe »sich ausgerechnet von Lafontaine in die linke Richtung scheuchen«, sollte er sich vielleicht fragen, wer denn die CDU dorthin gescheucht hat.

Selbst die FDP, die noch einige Positionen der einstigen Mitte hält, schielt neidisch dorthin, wo zukünftig die Mehrheiten zu holen sind. Bei ihrem Parteitag im Juni 2007 bildete ausgerechnet das »Soziale« das Leitmotiv, als ob es in unserem Lande nicht schon genug Advokaten dieses Themas gäbe. Anstatt etwa für die Abschaffung der Erbschaftsteuer zu votieren, zogen die hasenfüßigen Liberalen es vor, dies offenbar heikle Thema anderen zu überlassen, am besten den Bundesländern, die schließlich darüber zu entscheiden hätten. Fragt sich nur, wie freiheitlich eine Partei ist, die sich nicht einmal mehr zu dem bekennen will, was sie als richtig erkannt hat.

Der Kampf um die Mitte geschieht unbemerkt. Ebenso unbemerkt bleibt, wie diese Mitte sich immer weiter nach links verschiebt. Die Bundesrepublik ist langsam abgetrieben, wie ein Schiff, das sich vom Anker losgerissen hat. Wer heute noch glaubt, die Freiheit des Individuums, die Selbstbestimmung der Familie und die Liebe zur eigenen Nation seien Kernelemente dieser Mitte, der täuscht sich. Was sich heute als Mitte geriert und sich von den Medien als »Mainstream« bestätigen lässt, hat sich von derlei »bürgerlichen Vorurteilen« längst verabschiedet. Unsere Gesellschaft hat damit einen neuen Sinn und eine neue Ausrichtung bekommen – und fast keiner hat's bemerkt. Die Parteien haben die Agenda gewechselt, die Werte umgestürzt und das Selbstverständnis der Menschen

»modernisiert«. Ob die Menschen wirklich so empfinden, hat keiner gefragt. Wozu auch? Schließlich hat man die Mitte an sich gerissen, und wo die Mitte ist, da ist das Recht.

Schon in den sechzehn Jahren der Regierung Kohl/Blüm wurde dieser Trend eingeleitet, und die sieben Jahre rot-grüner Regierung haben ihn endgültig durchgesetzt. Heute spricht man von einem »Paradigmenwechsel«. Ohne demokratische Legitimation wurden die Eckpfeiler einer neuen Republik eingerammt. Dem Abschied von den bürgerlichen Werten folgte der Abschied von der Wirtschaftsmacht. Rot-grün stand für den Verlust von Arbeitsplätzen, die Abwanderung wichtiger Technologien, die Überdehnung des Sozialstaats auf Kosten zukünftiger Generationen. Es war diese Regierung, die sich zur »neuen Mitte« erklärte. Um das Scheitern seines Konzepts zu überspielen, löste Gerhard Schröder 2005 den Bundestag auf und ermöglichte Neuwahlen. Die Meinungsforscher sagten einen klaren Sieg für die Koalition aus CDU/CSU und FDP voraus – und es gab Grund zur Hoffnung, dass die vergessene Mitte der Gesellschaft wieder etwas mehr in den Mittelpunkt rücken würde.

Damals begann ich mit der Arbeit an einem neuen Buch. Nach meinen Titeln *Die Macht der Freiheit* (2000), *Die Ethik des Erfolgs* (2002) und *Die Kraft des Neubeginns* (2004) wollte ich mit diesem Buch den politischen Neubeginn begleiten, der sich damals abzeichnete. Hinter dem Kanzleramt sah ich bereits den Lichtstreif der Vernunft am Horizont. Unsere Gesellschaft würde ihre Mitte wiederfinden, so glaubte ich. Mit einem Triumph des bürgerlichen Lagers würde wieder Vernunft in die Politik zurückkehren. Optimistisch, wie ich nun einmal bin, wollte ich diese kleine Revolution in dem neuen Buch feiern. Sein Titel sollte lauten: »Die Rückkehr der Vernunft«.

Bekanntlich kam es anders. Unvergesslich wird mir der Wahltag, der 18. September 2005, bleiben, den ich als Interviewgast mehrerer Sender unter der Glaskuppel des Reichstags verbrachte. Da die Meinungsforscher die Bürger beim

Verlassen der Wahllokale befragen, kann bereits frühzeitig eine Prognose abgegeben werden – zwar nicht für die Öffentlichkeit, aber für einen exklusiven Kreis von Politikern und Medienverantwortlichen. Bereits um 15 Uhr wurden erste Ergebnisse im Flüsterton weitergereicht, die auch mein Ohr erreichten. Was sich abzeichnete, das war mir augenblicklich klar, war eine Katastrophe, ein politischer GAU mit unabsehbaren Konsequenzen.

Angela Merkel hatte den gewaltigen Vorsprung, der ihr seit Monaten vorausgesagt war, eingebüßt. Die Union, die wie der sichere Sieger ausgesehen hatte, war gewaltig ins Rutschen geraten, und keiner konnte voraussehen, wo der Sturz enden würde. In den Gängen des Reichstages wurde bereits orakelt, Gerhard Schröder könne es wieder geschafft haben. Unruhe brach aus. Ich beobachtete die Menschen, ob sich vielleicht an ihren Mienen etwas ablesen ließ. Tatsächlich verwandelten sich einige Gesichter in Masken, bleich, starr, gezwungen lächelnd, bei anderen sah ich erste Zeichen von Hoffnung, von neu erwachter Emsigkeit.

Zu welchem Lager jeder Einzelne gehörte, ließ sich unschwer erraten. Je weiter der Abend in Richtung 18 Uhr vorrückte, umso deutlicher schieden sich die Gruppen. Umso größer wurde auch das Debakel für Angela Merkel. Auf einem später veröffentlichten Foto sah ich sie in der CDU-Zentrale sitzen, entgeistert, abgrundtief enttäuscht, und ihr Mann, der sonst nicht eben häufig zu sehen ist, stand ihr tröstend bei. In Kontrast zu diesem Bild des Jammers schien Gerhard Schröder schon wieder in die alte Siegerpose zu verfallen.

Niemand hatte mit diesem Ergebnis gerechnet. Ein Patt, wie es sich im Lauf der Wahlnacht abzeichnete, ist das Schlimmste, was einer Demokratie passieren kann. Man hat zwar gewählt, aber man hat sich nicht entschieden. Nicht Klarheit, sondern Unentschiedenheit, ja Unentscheidbarkeit würden vier Jahre lang das Land beherrschen. Mindestens einer freute sich: Linken-Chef Oskar Lafontaine kam auf mich zu und erklärte triumphierend: »Immerhin habe ich etwas

erreicht: Ich habe Schwarz-Gelb verhindert.« Welch grandioser Erfolg, dachte ich: Zwei Lager, Union und Sozialdemokratie, würden sich ab sofort gegenseitig belauern und lähmen, dem Land das Schauspiel permanenter Zerstrittenheit bieten, statt es auf die Herausforderungen des globalen Marktes, den immer schärfer werdenden internationalen Wettbewerb vorzubereiten. Auch Jürgen Trittin schlich über den Gang, fragte im Vorbeigehen, wie ich das Ergebnis fände? »Na ja«, antwortete ich, »ein Gutes hat das Wahlergebnis: Ihr habt jetzt nur noch die kleinste Fraktion.« Dabei war mir nicht zum Scherzen zumute.

Eigentlich unbegreiflich: Seit langem hatten die Deutschen signalisiert, dass sie Rot-Grün satt hatten. Die Reformen, über deren Notwendigkeit man sich einig schien, traute man den Schröders, Fischers und Trittins nicht mehr zu. Zuviel Ideologie mischte sich in die Tagespolitik, und statt sich auf die Lösung der anstehenden Probleme zu konzentrieren, liebäugelte man mit Utopien und einem deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Die Schwächen der Regierung Schröder waren hinlänglich bekannt, die nötige Wechselstimmung offensichtlich. Man wollte, so schien es, wieder auf die Vernunft setzen.

Auch die Kanzlerkandidatin Angela Merkel hatte während des Wahlkampfes das erfreuliche Bild einer sachlichen, vernunftgesteuerten Person geboten, wozu auch ihre Entscheidung beitrug, mit Professor Paul Kirchhof einen ausgewiesenen Kenner des Steuerrechts zum Kandidaten für das Amt des Finanzministers zu berufen. In einem Vier-Augen-Gespräch vor der Wahl, als der Unionssieg noch außer Zweifel schien, sprach ich mit Frau Merkel darüber, dass demnächst nicht nur wichtige politische Entscheidungen anstanden, sondern eine Änderung des politischen Entscheidungssystems selbst auf die Tagesordnung kommen musste.

Ein Modell dazu hatte der »Konvent für Deutschland« ausgearbeitet. Nur durch eine radikale »Reform unserer Reformfähigkeit« würde vernünftiges Regieren in Deutschland überhaupt wieder möglich sein. Dass Frau Merkel damals, trotz

ihres engen Terminkalenders, Zeit für meine Ausführungen fand, erschien mir bemerkenswert, wie auch die ruhige, aufgeschlossene Art, mit der sie sich die Vorschläge des Konvents von mir erläutern ließ.

Nach diesem Gespräch glaubte ich, dass die Veränderungen im Land in greifbare Nähe gerückt waren. Auch in meinem Buchprojekt fühlte ich mich bestärkt und beschloss, die »Rückkehr der Vernunft« nicht nur anzumahnen, sondern auch schon einzuläuten. Das Land stand vor einem Neuanfang, so glaubte ich, wie man ihn seit Bestehen der Bundesrepublik nicht erlebt hatte. Zumindest schien alles darauf hinzuweisen. Und doch fehlte den Deutschen am Ende der »Mut zur Vernunft«. Dieser Mut ist bei der Bundestagswahl 2005 auf der Strecke geblieben.

Der geplante Titel ging nun ins Leere. Davon konnte nicht mehr die Rede sein. Nicht nur ich hatte die Deutschen falsch eingeschätzt. Sie hatten den Fehler begangen, die vernünftige Lösung erkannt zu haben, ohne zugleich den Mut aufzubringen, sie auch durchzusetzen. Praktisch im letzten Moment, so erklärten Demoskopen später, seien die Wähler massenhaft »umgekippt«. Die tiefe Verunsicherung, die aus dieser Inkonzsequenz sprach, hing auch mit dem Mann zusammen, der es jahrelang verstanden hatte, sich durch geschickte Selbstdarstellung immer wieder Mehrheiten zu verschaffen: Gerhard Schröder.

Auch für den Wahlabend hatte er sich einen spektakulären Auftritt ausgedacht, als wollte er dem desaströsen Ergebnis noch die Krone aufsetzen. Obwohl sich am Ende doch eine hauchdünne Mehrheit für die Union herausgestellt hatte – die allerdings nicht für eine Koalition mit der FDP reichte –, stellte er mit selbstgefälliger Geste das Resultat in Frage. Irgendwie schien er sein eigenes, überraschend starkes Abschneiden zu überschätzen und entsprechend den Sieg seiner Kontrahentin einfach zu übersehen. Jedenfalls tat er so. Berauscht vom eigenen Erfolg, der ihm in Wahrheit nichts nützte, spielte er einmal mehr den Mann, der die Puppen tanzen lässt. Nie kam

er mir fragwürdiger vor als an diesem Abend. Das schien sich auch der »Elefantenrunde« mitzuteilen, in der die Parteivorsitzenden am Wahlabend traditionell zusammensitzen, um die eigene Niederlage schön- und den Sieg des Gegners kleinzureden.

Eine gewisse Fassungslosigkeit breitete sich aus. Schröder hatte behauptet, er allein könne eine stabile Regierung bilden, ja er führe bereits interessante Gespräche. Auf den Hinweis, dass Angela Merkel wohl die neue Regierung bilden werde, antwortete er mit der historischen Unverschämtheit, man solle »die Kirche doch mal im Dorf lassen«, will sagen: »Die kann das nicht.« Diese verächtlichen Worte hatte man oft genug bei seinen Wahlkampfauftritten hören können. Aber nun, da die Würfel gefallen waren, und zwar gegen ihn, lief diese Hartnäckigkeit auf Realitätsverlust hinaus. Heute weiß man, dass der Hasardeur Schröder bereits Fäden zu Edmund Stoiber gesponnen hatte, dem er einen Deal anbieten wollte. Fast schien es dabei Nebensache, ob er, Schröder, oder der Bayer eine Große Koalition anführen oder gar, nach israelischem Modell, jeder zwei Jahre lang regieren würde. Entscheidend für Schröder war, dass Angela Merkel verhindert wurde. In seinen Memoiren, 2006 erschienen, findet sich bezeichnenderweise kein Wort darüber.

Ironie der Geschichte: Gerade durch die arrogante Attacke hat Schröder seine Konkurrentin gerettet. Denn dass sie durch die Wahl extrem geschwächt war, steht außer Zweifel. Nach dem Debakel, für das man sie mit Sicherheit verantwortlich gemacht hätte, stand ihre Karriere auf dem Spiel. Und es gab genügend CDU-Leute, die wegen ihrer undurchsichtigen Personalpolitik eine Antipathie gegen sie entwickelt hatten. Da kam ihr Schröders Pöbelelei gerade recht. Die Stimmung schlug um. Statt ihr vorzuwerfen, den sicher geglaubten Erfolg verspielt zu haben, und sich nach einem neuen Kanzler umzusehen, rückten die Unionsgranden schützend um sie zusammen. Nicht länger hieß es hinter vorgehaltener Hand »Merkel oder Wulff« respektive »Merkel oder Koch«, sondern offen und

unzweideutig: »Merkel oder Schröder«. Den Herren, die bereits »den Dolch im Gewande« trugen, blieb gar nichts anderes übrig, als sich wie perfekte Gentlemen aufzuführen.

In den folgenden Tagen bemerkte ich, dass mich die Bundestagswahl mehr mitgenommen hatte als alle vorherigen. In Hinblick auf die Zukunft unseres Landes und den ungewissen Kurs, den es nun einschlagen würde, befahl mich eine – man kann es nicht anders nennen – tiefe Niedergeschlagenheit. Welche Chance war vertan worden, Deutschland auf einen vernünftigen Weg zu bringen! Wie viele Jahre, verlorene Jahre, würde es dauern, bis sich eine neue Chance bot? Soll man es Patriotismus nennen, wenn man angesichts eines solchen Wahlausgangs nicht mehr gut schlafen kann?

Man mag dies überlegen belächeln, aber es ist so. Falsche Politik kann nicht nur ein Land krank machen. Damals legte ich mein begonnenes Buch beiseite. Die Lust am Schreiben war mir vorerst vergangen. Ich konzentrierte mich ganz auf meine Honorarprofessur am Lehrstuhl für Internationales Management, den ich seit dem Jahr 2000 an der Uni Mannheim inne habe. Übrigens bedeutet der Titel Honorarprofessor das Gegenteil dessen, was landläufig angenommen wird – die Position ist ehrenamtlich. In meiner Vorlesungsreihe, die ich mit Professor Manfred Perlitz teile, geht es um »Management in einer globalisierten Welt«. Obwohl meine Vorlesung dreieinviertel Stunden nonstop läuft, kommt es selten vor, dass jemand vor Ende geht. Das mag auch daran liegen, dass ich, statt der heute üblichen computergestützten PowerPoint-Präsentationsweise, auf altmodische Weise mit Kreide an die Tafel schreibe. Die Qualität der Studierenden kann ich nur als hervorragend bezeichnen. Ideologische Bretter vorm Kopf gibt es in Mannheim nicht. Auch keine Graffiti und Demo-Aufrufe an den Wänden, was sich meine Hamburger oder Berliner Berufskollegen kaum vorstellen können.

Neben meiner Mannheimer Professur hatte ich seit 2001 die Präsidentschaft der Leibniz-Gemeinschaft inne, in der vierundachtzig außeruniversitäre Forschungsinstitute zusammen-

geschlossen sind. Im November 2005, zwei Monate nach der unglücklichen Bundestagswahl, ging sie zu Ende. Das ehrenvolle Amt übergab ich an Professor Ernst Theodor Rietschel, Direktor am Forschungszentrum Borstel für Medizin und Biowissenschaften, der die Übernahme mit der Bitte verband, dass ich ihn zwei Jahre lang formell als »Past President« begleite (wie ich während meiner Präsidentschaft auf die Erfahrung meines Vorgängers Professor Frank Pobell zurückgegriffen habe). Das Amt des »Past President« hatte ich auch deshalb bei der Leibniz-Gemeinschaft eingeführt, weil ich fachkundige Hilfe gut gebrauchen konnte. Immerhin war ich als erster Nichtwissenschaftler an die Spitze einer solchen Forschungseinrichtung getreten. Übrigens war ich auch der Erste, der aus seinem Engagement in der Wissenschaft kein Einkommen bezog.

Zum Abschied benannte man eine indonesische Schmetterlingsart nach mir, die erst jüngst von einem deutschen Leibniz-Forscher entdeckt worden war. »*Bracca olafhenkeli*« gehört zur Nachtfalterfamilie der Geometridae, von der bereits zahlreiche Arten in Südostasien und Australien anzutreffen sind. Die nach mir benannte Variante kommt ausschließlich auf den Bergen der Insel Sulawesi vor. Die schmeichelhafte Widmung verdanke ich dem Direktor des Bonner Museums König, Professor Wolfgang Wägele, sowie Dieter Stüning, dem Schmetterlingskenner des Instituts. Wie ich von ihnen erfuhr, handelt es sich um einen Falter, der durch seine elegante, an ein Leopardfell erinnernde Flügelzeichnung auffällt und von Raubvögeln gemieden wird: »*Bracca olafhenkeli*« ist giftig.

Seit Herbst 2006 ertappte ich mich des Öfteren dabei, wie ich, über meinen Laptop gebeugt, Gedanken zum neuen Buch notierte. Eigentlich hatte ich schon nach dem Desaster der Koalitionsverhandlungen beschlossen, mir das Schreiben für bessere Zeiten aufzusparen. Erst dann wollte ich mich wieder an den Computer setzen, wenn die Regierung Tritt gefasst hatte. Aber das dauerte. Langsam verlor ich die Geduld. Was war aus all den Ankündigungen geworden? Ich konnte nicht

länger mit ansehen, wie Wort für Wort gebrochen, Fehler auf Fehler begangen wurde. Und so notierte ich alles, was mir auffiel.

Natürlich ist mir auch manches Positive aufgefallen. So demonstrierte Angela Merkel während ihrer EU-Ratspräsidentschaft und zumal beim Gipfel von Heiligendamm Anfang Juni 2007, wie sich politische Ziele durch Nüchternheit und praktische Vernunft erreichen lassen, jenseits der ideologischen Verbohrtheit, die im Bundestag herrscht. Wenige Tage vor dem G8-Gipfel hatte ich Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch mit ihr. Verblüffend die Ruhe und Gelassenheit, die sie trotz der Hektik der »heißen Phase« ausstrahlte. Zu den beiden amerikanischen Unternehmensvertretern, die mit mir im Kanzleramt waren, sprach sie in fließendem Englisch, wobei sie sich, um ihre Sprachkenntnisse zu perfektionieren, kleine Fehler von einer Dolmetscherin korrigieren ließ. Ein derartiger Mangel an Eitelkeit ist mir an keinem anderen Politiker, am wenigsten an ihrem Amtsvorgänger, aufgefallen. Und dass die Kanzlerin uns nicht, wie ihre Vorgänger, auf bequeme Sofas oder tiefe Besuchersessel komplimentierte, sondern mit uns sachlich-praktisch auf Bürostühlen an einem eckigen Konferenztisch Platz nahm, sagt mehr aus über ihr Amtsverständnis als tausend Worte.

Übrigens sprachen wir dabei auch über ein Abkommen, das wir 1995 – sie als Bundesumweltministerin, ich als BDI-Präsident – geschlossen hatten: Es ging damals um die Selbstverpflichtung der deutschen Industrie, den Ausstoß an CO<sub>2</sub> zu reduzieren. In der allgemeinen Erderwärmungs-Hysterie, die heute herrscht, ist es gar nicht aufgefallen, dass die damals festgesetzten Ziele nicht nur erreicht, sondern übertroffen wurden, wodurch Deutschland im internationalen Wettbewerb zum »Umweltweltmeister« wurde. Aber was zählt das schon, wenn die Rettung der Welt zu den Mindestzielen deutscher Politiker gehört.

Leider gibt es zu Angela Merkels außenpolitischer Brillanz keine innenpolitische Entsprechung. Die Frage, wann ihre Re-

gierung endlich die Kraft findet, die jeweiligen Parteiinteressen beiseite zu schieben, um nur noch dem Wohl des Ganzen zu dienen, bleibt unbeantwortet. Offensichtlich geht es den Parteien gar nicht um das Wohl des Ganzen. Im Gegenteil, je länger die Koalition dauert, umso schärfer scheinen sich die Partner in einen Konkurrenzkampf hineinzusteigern, der sie für die Wirklichkeit blind macht. Im Wahn, den neuen Trend nur ja nicht verpassen zu dürfen, suchen sie sich in ihren linken Positionen zu übertreffen, als ließen sich Mehrheiten nur noch in dieser Richtung finden. Statt der Gemeinschaft zu dienen, wetzen sie bereits die Messer für den nächsten Wahlkampf.

Immer häufiger fühle ich mich an die Analysen von Karl Jaspers aus dem Jahr 1966 erinnert. Seine Frage »Wohin treibt die Bundesrepublik?« ist für mich heute klarer beantwortet denn je: Die Bundesrepublik treibt weg von der Mitte, weg von der Vernunft, weg von den Erwartungen der überwiegenden Mehrheit der Bürger – hin zur Utopie einer gleichgeschalteten Gesellschaft, die in den Köpfen aller Politiker zu spuken scheint. Sie nennen sie »die Mitte«.

Vielleicht ist die Zeit gekommen, den heimlichen Kampf um diese Mitte offen zu führen. Die Deutschen sollten sich klarmachen, dass die wichtigsten Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg getroffen werden. Dass ihre Werte entwertet, ihre inneren Orientierungen außer Kraft gesetzt werden. Und dass das, was sie gesunden Menschenverstand nennen, für Parteien kein Maßstab ist. Wie bei einem Schiff, dessen Ladung verrutscht ist, hat unser Staat Schlagseite bekommen. Wenn wir nicht wollen, dass er irgendwann kentert und sinkt, müssen wir die Gewichte wieder zurechtrücken. Den Kampf um die Mitte aufnehmen.

Mein Bekenntnis zum Bürgertum versteht sich als Beitrag dazu.

*Hans-Olaf Henkel  
Berlin, im Juli 2007*